

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Anzeigers
und der Anzeiger des Postens
entgegen. — Erscheint wochentags.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
und der Anzeiger des Postens
entgegen. — Erscheint wochentags.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postkassen-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 195

Dienstag, den 21. August 1928

23. Jahrgang

Vor dem Kellogg-Vertrag.

Rückkehr Stresemanns nach Berlin.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist am Sonntag abend von Oberhof nach Berlin zurückgekehrt. Er übernimmt am Montag wieder die Geschäfte des Auswärtigen Amtes.

Zur Einladung an Dr. Stresemann zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes wird bekannt, daß die Einladung an den Minister persönlich gerichtet ist und daß deshalb auch nicht beabsichtigt wird, leitende Beamte des Auswärtigen Amtes mit zu entsenden. Irgendwelche Verhandlungen mit der französischen Regierung über die allgemeinen politischen Fragen sind nicht vorgesehen, doch wird der Besuch Gelegenheit zu Unterhaltungen über diese Fragen geben.

Rundgebühren in Newyork.

Kurz vor Abfahrt der „Isle de France“ nach Europa, auf der sich Staatssekretär Kellogg befand, veranstaltete eine Abordnung der Anti-Imperialistischen Liga eine Kundgebung auf dem Pier, um gegen den Kriegsverzichtspakt zu protestieren, den Staatssekretär Kellogg in Paris unterzeichnet wird. Es wurden heftige Ansprachen gegen den Vertrag gehalten. Einige Leute gingen mit Bannern herum, die Inschriften trugen wie: „Hände weg von China“; „Hände weg von Nicaragua“; „Nicht die amerikanischen Truppen aus dem lateinischen Amerika zurück“. Die Manifestanten wurden von der Polizei entfernt.

Chamberlains gefährliches Ziel.

Eine italienische Stimme über die französisch-britischen Rheinlandmandate.

Unter dem Titel „Fronte Chamberlains“ kritisiert Resto del Carlini die Politik des englischen Staatsmannes und findet es durchaus begründlich, daß man sich in Deutschland über die gemeinsamen Mandate der englisch-französischen Besatzungstruppen aufregt. Es sei kein Scherz, wenn sich zwei Heere an der Grenze eines dritten Staates zu Mandatern zusammenschließen und zwar zehn Jahre nach dem Kriege und acht Tage vor der Unterzeichnung eines Vertrages gegen den Krieg. Diese Tatsache werfe ein eigenartiges Licht auf die englische Politik und alles erwecke den Anschein, als mache sich Chamberlain über die europäische Politik lustig. Das englische Verhalten müsse Erstaunen erregen, wenn man bedenke, daß England bisher Frankreich immer Knäppl zwischen die Beine geworfen habe und nun ein Flottenabkommen mit ihm abgeschlossen habe. Auch die Antwort Chamberlains auf den Kellogg-Pakt wirke wie eine Ironie. Es sei nicht ausgeschlossen, daß England das verachtete Europa einmal brauche, während jetzt Amerika versuche, in Europa Verbündete und Vasallen zu werben. Das Ziel Chamberlains sei überaus gefährlich.

Jollovertrag zwischen Deutschland und China.

Der deutsche Gesandte für China, Dr. von Borch, und der Minister des Aeußeren der nationalistischen Regierung in China, Dr. Wang, haben am 17. d. M. im Namen ihrer Regierungen einen Vertrag unterzeichnet, durch den sich beide Länder völlige Gleichstellung in Zoll- und verwandten Angelegenheiten zusichern.

Der Abschluß des Jolloabkommens geht auf die Reise unseres Gesandten zurück, der in der vorigen Woche nach Nanking gefahren ist. Da China nicht dem Versailles Vertrag beigetreten ist, hatten Deutschland und China die Möglichkeit, ihre Beziehungen so zu regeln, wie es dem Interesse der beiden Länder am besten entsprach, auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Daraus beruht auch der jetzige Vertrag; er ist teilweise dem amerikanisch-chinesischen Vertrag nachgebildet, durch den die früheren Verträge annulliert wurden und Amerika die Tariffreiheit Chinas anerkannt, die schon in unserem Vertrag von 1921 anerkannt worden ist. In dem neuen Vertrag handelt es sich hauptsächlich um die Ausfüllung von Lücken. Dabei ist auch die Gleichstellung Deutschlands mit jedem anderen Lande festgelegt.

Kleine politische Nachrichten.

Die demokratischen Regierungsmitglieder aus der Thüringer Regierung abberufen.

Ueber die in Weimar abgeschlossene demokratische Parteitagung ist eine Erklärung veröffentlicht worden, in der es heißt: „Der sehr stark besuchte außerordentliche Parteitag des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei muß nach eingehender Aussprache mit Bedauern feststellen, daß sich die Thüringer Politik während der letzten Monate nach einer Richtung entwickelt hat, die die De-

Keine Regierungskrise

Die sozialdemokratischen Verhandlungen zur Frage des Panzerkreuzers

Ueber den Verlauf der Aussprache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses wegen des Panzerkreuzerbaues erfährt das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, daß die Redner von rechts nach links die mangelnde Fühlungnahme zwischen den Ministern und den Instanzen der Fraktion und der Partei vor der entscheidenden Kabinettsitzung mißbilligten. Der, namentlich aus Vertretern Sachsens zusammengesetzte, linke Flügel forderte das Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister aus der jetzigen Koalition. Die Mehrheit hat sich aber auf die Annahme einer Entschlebung beschränkt, die ähnlich, wie es der Parteivorstand schon in einem früheren Beschluß ausgesprochen hat, das Verhalten der sozialdemokratischen Minister bedauert und für die Zukunft eine engere Fühlung zwischen sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern und Reichstagsfraktion wünscht.

Die Entschlebung des sozialdemokratischen Parteiausschusses

Die gemeinsame Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion endete in der achten Abendstunde mit der Annahme folgender Entschlebung:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuss treten dem am 15. August gefassten Beschluß des Partei- und Fraktionsausschusses über die Haltung der Reichsregierung angehörigen Parteigenossen zu der Inangriffnahme des eigentlichen Baues des Panzerkreuzers bei. Sie bedauern, daß die sozialdemokratischen Minister dem Beschluß des Kabinetts unter Verzicht auf vorherige Befragung der Fraktion und des Parteiausschusses zugestimmt haben. Fraktion und Parteiausschuss halten die engste Fühlungnahme zwischen ihnen und den der Regierung angehörigen Genossen in allen politischen Fragen für eine unabwendbare Notwendigkeit. Fraktion und Parteiausschuss halten die Beteiligung an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse für außerordentlich wichtig. Sie legen daher aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Durchführung eines vom letzten Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Auffassung über den Ertragbau des Panzerkreuzers nicht die Notwendigkeit ab, unsere Genossen zum Rücktritt aus dem Kabinet aufzufordern.“

Der Beschluß wurde mit vier Fünftel Mehrheit gefaßt.

demokratische Partei als verderblich für die Zukunft des Thüringer Landes ansetzt. Insbesondere wurde unter dem Einfluß von Landbund und Wirtschaftspartei die Befehdung und Verwaltung immer einseitiger gestaltet. Die demokratische Partei richtet daher an ihre Parteifreunde in der Regierung die Bitte aus der jetzigen Regierung auszuschneiden. Der Parteitag steht dabei auf dem Standpunkt, daß eine Regierung auf der Grundlage der großen Koalition, wie sie jetzt im Reich verwirklicht worden ist, auch für Thüringen das Gegebene ist. Unter allen Umständen ist eine Aenderung der jetzigen Regierung notwendig.“

Die Erweiterung der Krisenfürsorge.

Auf der Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses nahm Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort, um zur geplanten Erweiterung der Krisenfürsorge die Erklärung abzugeben, daß er und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen im Reichskabinet den Antrag stellen werden, die Krisenfürsorge allgemein von 26 Wochen auf 30 Wochen auszubehnen.

Regelung eines deutsch-portugiesischen Streitfalls.

Am 31. Juli ds. Js. hat ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des schweizerischen Nationalrats de Meuron einen Schiedsspruch über die Ansprüche gefaßt, die Portugal auf Grund des § 4 der Anlage zu Artikel 298 des Versailles Vertrages gegen Deutschland aus Anlaß von Vorgängen im Grenzgebiet der ehemaligen deutschen und der portugiesischen Kolonien erhoben hat. Der Schiedsspruch stellt sich auf den Standpunkt, daß Deutschland verpflichtet ist, der portugiesischen Regierung gewisse unmittelbare Schäden zu erstatten, und daß Portugal ferner „in sehr beschränktem Maße“ Anspruch auf Ersatz eines Teiles seiner indirekten Schäden hat. Dagegen sind die portugiesischen Klagen über angebliche deutsche Wuchergeschäften vor Beginn des Weltkrieges zur Aneignung der portugiesischen Kolonien überhaupt nicht erwähnt. Die Behauptung einer deutschen Propagandaaktivität unter den Eingeborenen gegen die portugiesische Regierung wird zurückgewiesen. Es wird nunmehr die Höhe der in Frage kommenden Ansprüche durch das Schiedsgericht festgestellt werden.

Weltfriedenskongreß der Jugend.

Am Sonnabend begann in dem bei der kleinen Stadt Ommeen bei Amsterdam errichteten Zeltlager von Erde der erste Weltfriedenskongreß der Jugend, zu dem ungefähr 500 Vertreter von Jugendorganisationen aus allen größeren Städten der Welt, mit Ausnahme der Sowjetunion, eingetroffen sind. Die deutsche Jugendbewegung wird durch ungefähr 60 Abgeordnete von Jugendorganisationen verschiedener politischer und weltanschaulicher Richtungen vertreten. Angestrebt wird auf diesem Kongreß die Errichtung eines Weltfriedensbundes der Jugend. Das Kongreßprogramm wurde bereits in einer Sitzung des Internationalen Jugendkomitees, dem als deutsche Vertreter Werner Jantschke und Gertraud Baer angehören, am 7. und 8. Januar ds. Js. im Haag festgelegt. Der Kongreß wird bis zum 26. August dauern.

Lord Halbane †.

Lord Halbane, der vor einigen Wochen erkrankt war, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Lord Halbane hat zahlreiche hohe Regierungämter während der Regierung der Liberalen in Großbritannien bekleidet. Von 1905 bis 1912 war er Kriegssekretär, von 1912 bis 1916 Lordkanzler.

Die indischen Forderungen.

Der nationalistische Führer Balaj Patral legte der indischen Kammer einen Antrag vor, in dem nachdrücklich verlangt wird, daß der britischen Regierung mitgeteilt werde, die Na-

tionalversammlung betrachte die Stunde als gekommen, Indien den vollen Charakter eines Dominions zu verleihen. Keine andere Lösung werde Indien zufriedenstellen.

Chiangkaiſchek fordert eine chinesische Kriegsflotte.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Schanghai meldet: Bei dem Stapellauf eines kleinen chinesischen Kanonenbootes hielt General Chiangkaiſchek eine Rede, in der er sagte, die Befreiung des Landes hänge völlig davon ab, daß China den Rang einer erstklassigen Seemacht erwerbe. China brauche eine Kriegsflotte von insgesamt 800 000 Tonnen, die binnen zehn Jahren fertig gebaut sein müsse. Der Berichterstatter fügt hinzu, gegenwärtig bestöhe die chinesische Kriegsflotte aus 40 000 Tonnen veralteter Fahrzeuge.

Der Kampf zwischen der kaiserlichen Mongolei und dem Staate Barga.

„Morning Post“ meldet aus Chargin: Die mongolischen Feindseligkeiten gegen den Staat Barga dauern fort. Abteilungen der mongolischen Sowjetwache beunruhigen Barga und zwingen die Einwohner, sich der Unabhängigkeitsbewegung anzuschließen. Die Stärke der mongolischen Abteilungen steigt noch nicht fest. Nordchinesische Panzerzüge und Truppen haben den Kampf gegen sie eröffnet.

Verhaftung eines bulgarischen Kommunistenführers in Wien.

In Wien wurde am 6. Juli ein sich unter falschem Namen aufhaltender Ausländer als verdächtig angehalten, der nach verschiedenen Verhören auf der Polizei jetzt gestand, mit dem Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Jugendorganisation in Bulgarien, Peter Istroff, identisch zu sein. Bei der Durchsuchung seiner Wiener Wohnung wurden sechs Roffer und eine Kassette mit kommunistischen Druckschriften in deutscher, russischer und bulgarischer Sprache sowie zahlreiche Schriftstücke vorgefunden, unter denen sich eine Anweisung zur Organisation eines bewaffneten kommunistischen Aufstandes in Bulgarien befand. Während der Untersuchung wurde auch die Herstellung einer kommunistischen Zeitschrift, „Die Rote Fahne“, in bulgarischer Sprache in einer Wiener Druckerei aufgedeckt, in deren letzten Nummern ein Teil der vorerwähnten Anweisung zur Organisation eines Aufstandes in Bulgarien abgedruckt erscheint.

Ein weit zurückgelegener Fall. Zu der Meldung einer Berliner Korrespondenz, daß der in eine Fernerobische verwandelte Leutnant a. D. Friedrich Warneke bei seiner Rückkehr nach Deutschland auf einem holländischen Dampfer verhaftet worden sei und in Rotterdam solange in Haft bleiben solle, bis das Reichsjustizministerium eine endgültige Entscheidung gefaßt haben würde, ob die Amnestie auf ihn Anwendung findet, erfährt der Amsterdamer Vertreter des R. V. von zuständiger Stelle, daß es sich hier um einen bereits weit zurückgelegenen Fall handelt. Leutnant Warneke war bereits im April d. J., als er auf einem holländischen Schiff aus Guatemala in Amsterdam eintraf, auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes in Berlin von der Amsterdamer Polizei verhaftet und vorläufig in Gewahrsam genommen worden. Im Mai ließ jedoch das niederländische Justizministerium dem Auswärtigen Amt in Berlin die Mitteilung zugehen, daß der gefestete Auslieferungsantrag von der niederländischen Regierung abgelehnt werden müsse. Leutnant Warneke wurde daraufhin, etwa sechs Wochen nach seiner Verhaftung wieder freigelassen und ist inzwischen nach Guatemala zurückgekehrt.